

Guatemala Stadt – Ende Januar 2019

Notizen eines deutschen Anwalts in

Guatemala (42)

Während der UN-Sicherheitsrat tagt, in dem Deutschland deutliche Worte zum Thema Venezuela findet und Spanien, Frankreich, Grossbritannien und dann auch die EU dem Land ein Ultimatum stellen, warten wir hier in Guatemala noch immer auf eine eindeutige Positionierung der internationalen „Gemeinschaft“. Die CICIG mit dem Mund zu unterstützen, aber kein Wort zu den Angriffen auf Justiz und Rechtsstaat zu finden, ist armselig.¹ In beiden Ländern geht es um die Gewaltenteilung und die Einhaltung rechtsstaatlicher Regeln. Zumindest behaupten die USA und Europa das für Venezuela; aber die Ölreserven Venezuelas wiegen wohl doch mehr als Korruption und der Einfluss der Drogenkartelle in Zentralamerika.² Und machen wir uns nichts vor: jedes Mehr an Korruption stärkt nicht nur das repressive und traditionelle System sondern auch die Kartelle.

Die Frage ist: Gibt es noch rote Linien für die Diplomatie oder ist schon alles egal? Noch vor drei Jahren hat der damalige deutsche Botschafter Sonn die Erteilung der Amnestie für Kriegsverbrechen als die rote Linie für die deutsche Zusammenarbeit bezeichnet; diese Amnestie wurde am 16.1. in erster Lesung vom Kongress durchgewunken, während am gleichen Tag der gleiche Kongress die Kommission einsetzte, die die Immunität der Verfassungsrichter aufheben und die Beerdigung dieses Gerichts (Notizen 41) einleiten sollte. Dazu gab es von der Diplomatie öffentliches Schweigen. Am 14.1. hatte Kongresspräsident Arzú in Gegenwart von Morales diese Amnestie als prioritäres Projekt für das neue Jahr bezeichnet. Und das ist sicher richtig, ist sie doch im Gegensatz zu früheren Versuchen jetzt ein Eckstein der Politik, die auf Militarisierung setzt. Dazu zwei

¹ Im Januar wandte sich die Neue Deutsche Richtervereinigung an das Auswärtige Amt und forderte hier einen Kurswechsel ein.

² Zur Vertiefung: der jüngste Bericht von InSight Crime zu den 5 Gründen (u.a. die Korruption auf höchstem Regierungsniveau) für das Wachsen der Organisierten Kriminalität in Lateinamerika.

Beispiele aus den letzten Tagen: Morales legt gerade eine Initiative zur Auflösung von CONRED vor, um ihre Funktionen auf das Militär zu übertragen. CONRED ist als Netzwerk des öffentlichen und zivilen Katastrophenschutzes³ konzipiert; jetzt soll das Militär an die Tröpfe. Und zeitgleich ernennt der Innenminister eine Gruppe von Militärs zu Polizeioffizieren. Die Militarisierung ist in vollem Gange.

Am Ende der letzten Notizen habe ich gefragt, ob die Rücknahme des Befehls, der CICIG die ihr zugeteilten Polizeiwagen zu entziehen, taktisches Kalkül oder Strategiewechsel war. Jetzt ist klar, dass es individuelles Handeln eines Subdirektors der PNC war, für den das Urteil des Verfassungsgerichtes noch Bedeutung hatte. Er, der sich auch noch für das Rückforderungsschreiben entschuldigte, hatte die offizielle Linie verlassen und wurde 48 Stunden später entlassen; wie schon viele vor ihm in den letzten Monaten. Und noch ein Skandal beleuchtet diese Situation: Sammy Morales, Bruder des Präsidenten, ist mit dessen Sohn angeklagt wegen Geldwäsche und Betrug. Der Haftbefehl ist ausgestellt und der Prozess läuft; beides geht ein in das polizeiliche Führungszeugnis. Nun hat aber Sammy, der gerne Abgeordneter werden möchte, dieses Zeugnis bei der PNC beantragt und wie durch Magie verschwand die Eintragung. Er war auf einmal sauber.

Gegen all das gibt es Widerstand; die Demonstrationen am 12., 14. und 15.1. waren recht gross und fanden im ganzen Land statt, aber sie haben lange nicht die Kraft, die sie angesichts der systematischen Zerstörung von Recht haben müssten. Natürlich ist das auch der Angst angesichts der Militarisierung und der Erinnerung an den Krieg geschuldet, aber Recht wird nur verteidigt, wenn das Volk seine Rechte einfordert; auch die städtischen Mittelklassen. Richtig ist, dass der Widerstand an vielen Fronten⁴ gleichzeitig kämpft und auch, dass der

³ Die Bedeutung dieser Massnahme wird deutlich, wenn wir uns klarmachen, dass Guatemala weltweit zu den Ländern gehört, die Naturkatastrophen gegenüber am verletzlichsten sind.

⁴ Strafprozesse gegen AktivistInnen, Kampf gegen die Megaprojekte, Protest und Demonstrationen, Vorbereitung der Wahlen, Vorbereitung der Fiskalisierung der kommenden Prozesse zu Richterernennungen für die Obergerichte, etc.

beginnende Wahlkampf ihn z.T. neutralisiert, weil die demokratischen Kräfte bisher keine gemeinsame Linie oder gar eine Allianz für die Wahlen gefunden haben. So droht die Teilnahme von fünf bis sechs verschiedenen Wahlgruppierungen diese Proteststimmen zu splitten.⁵ Und Eins ist auch klar: Wenn die Wahlen nicht laufen wie das Regime will, ist deren Suspendierung Teil der möglichen Szenarien.

Aber zurück zur „Abschaffung des Rechts“ und zu einer „Anekdote“, die in ihrer grotesken Form leider symptomatisch ist. Im November hatte das oberste Gericht (CSJ) einen Antrag zur Immunitätsaufhebung gegen den Abgeordneten Felipe Alejos abgeschmettert. Er ist einer der Köpfe des Pakts der Korrupten, Teil des Kongresspräsidiums und wird von CICIG und MP verdächtigt, Teil einer kriminellen Vereinigung zu sein, die Unternehmern mittels Bestechung und Erpressung illegale Steuerrückzahlungen verschaffte. Er soll das u.a. von der Telefonnummer 40009116 aus gemacht haben, allerdings können die aufgezeichneten Gespräche wegen seiner Immunität nicht gegen ihn verwendet werden. Am 17.1. veröffentlichte El Periódico die zwei Monate geheim gehaltene Urteilsbegründung der CSJ zu Gunsten von Alejos: Hauptargument: Der Antrag zur Aufhebung habe nicht mit absoluter Sicherheit nachgewiesen, dass Alejos Besitzer dieser Telefonnummer war.⁶ Dabei stützen sie sich auf eine Auskunft der Telefongesellschaft, dass der Antrag für den Anschluss damals von einem Jorge Valladares gestellt wurde. Dieser Herr hat den Antrag auch tatsächlich unterschrieben, nur leider als Angestellter der Gesellschaft, der ihn entgegennahm. Antragssteller: Felipe Alejos. Dreister geht es nicht.

Zeitgleich tagt der Kongress und richtet per Los die Kommission ein, die die Aufhebung der Immunität der drei Verfassungsrichter (Notizen 41) behandeln soll. Vorsitzender wird José Hernández, Sohn des

Unternehmers Javier Hernández (Bullock's) und Eigentümer eines Kleinflugzeugs, das 2013 in Costa Rica mit 1020 Kilo Kokain auffiel. Seine Familie ist eng verbunden mit der von Cash Luna, Kopf der grössten evangelikalischen Kirche, gegen den gerade ermittelt wird wegen seiner Kontakte zur „Reyna del Sur“, die sich im letzten Jahr in den USA des Drogenhandels auf grosser Skala schuldig bekannte. Über das Los kommen auch zwei saubere Leute in die Kommission, aber bei der augenblicklichen Kongressbesetzung ist es unmöglich, auf eine ehrliche Kommissionsmehrheit zu hoffen.

Am 23.1. entscheidet das mit Ergänzungsrichtern besetzte Verfassungsgericht (CC), dass der Immunitätsaufhebungsantrag gegen ihre Richter illegal und daher unwirksam ist und die Kommission ihre Arbeit einstellen muss. Es hört sich merkwürdig an, dass ein Gericht, wenn auch in abweichender Besetzung, über sein eigenes Schicksal entscheidet, ist aber nur folgerichtig. Die Verfassung hat den Versuch, mit dem Strafrecht über die Urteile der CC zu befinden, nicht voraussehen können. Die Frage war jetzt, ob Kongress und Kommission diese Order akzeptieren oder offen mit dem Gericht brechen würden? Sie entschieden, dem Urteil erst einmal zu folgen.

Das System hat, und hier wird es deutlich, noch Strategieprobleme. Sie wollen das System brechen, weichen aber von dem Punkt of No-return noch zurück. Möglicherweise verläuft die rote Linie der Diplomatie jetzt hier. Jimmy darf entgegen dem Urteil der CC sagen, dass die CICIG aufgelöst ist; sie dürfen Polizisten abziehen (die letzten am 24.1.), sie dürfen Weisungen an das Wahlgericht geben, dass die Vereinbarungen mit der CICIG nicht mehr gelten und sie dürfen die Urteile der CC ständig missachten. Aber sie scheuen sich noch, den letzten Schritt zu tun. Das führt zu einer Konjunktur der zerstörerischen Koexistenz von unvereinbaren Standpunkten und Aktionen: Die CC möchte den letzten Schritt vermeiden, die Absetzung von Innen- und AussenministerInnen anzuordnen, zumal sie ohnehin nicht weiss, wie sie das durchsetzen soll. Die Regierung tut, als gäbe es die Urteile der CC zur CICIG nicht und setzt auf Zeit und auf den Kongress. Und die CICIG

⁵ Thelma Aldana, bis 2018 Generalstaatsanwältin, will für Semilla, eine neue progressive Partei, kandidieren.

⁶ Natürlich hat er das nicht. Der CSJ steht es in keiner Weise an, in diesem Verfahren Beweise zu würdigen, sondern sie soll lediglich entscheiden, ob der Antrag politisch motiviert ist oder tatsächlich ein gewisser Anfangsverdacht besteht.

operiert vom Ausland aus, nur weiss niemand, ob sie noch auf die Staatsanwaltschaft setzen kann.

Lange ist diese Situation nicht zu halten. Irgendwann wird die CC handeln und mindestens die beiden Minister absetzen müssen; Anträge dazu liegen vor. Die Regierung müsste dem entweder nachgeben oder offen gegen die Richter handeln. Und dann ist da noch die CICIG, von der alle wissen, dass sie weiter ermittelt und Ergebnisse hat. Auch das kann den Topf zum Überlaufen bringen, und irgendwann wird er überlaufen müssen. Die augenblickliche Situation ist unerträglich und richtet viel Schaden an. Während die obersten Richter um ihr juristisches Überleben kämpfen, rotten sich in den Gerichten die korrupten Richter zusammen. Gerade wurden die Wahlen in der grössten Richtervereinigung abgehalten und einer der berüchtigsten Richter, Mynor Moto, hat ihre Präsidentschaft gewonnen, während von seinen Kollegen in den Prozessen gegen die MenschenrechtsaktivistInnen in den Regionen ungerechte Urteile gesprochen werden, die sie zu jahrelangen Haftstrafen verurteilen.

Der Druck aus dem Topf muss raus und die Regierung gezwungen werden, entweder den formalen Rahmen wirklich zu respektieren oder ihn offen zu brechen. Und das gilt auch für die internationale Gemeinschaft. Sie muss Farbe bekennen.

Die Generalstaatsanwältin hat dazu einen wichtigen Schritt getan. Sie versucht zwar, auf beiden Hochzeiten zu tanzen, aber immerhin hat sie ihre StaatsanwältInnen angewiesen, Strafverfahren gegen die BeamtInnen einzuleiten, die den Urteilen der CC nicht Folge leisten. Das mag ein Trick sein, geht aber davon aus, dass das Verfassungssystem auf dem Spiel steht. Das erhöht den Druck und ist gut so.

Miguel Mörth